

# Energiewende im Blick

**Petra Enders: Neubau einer 380 kV-Starkstromtrasse – „ein Relikt der Vergangenheit“**

An ihrer Entschlossenheit, den **Abau** der 380 kV-Trasse durch den Thüringer Wald trotz des Planfeststellungsbeschlusses zu verhindern zu wollen, ließ Petra Enders keinen Zweifel.

Die Landtagsabgeordnete der LINKE und Bürgermeisterin der von der Monstertrasse ebenfalls betroffenen Stadt Großbreitenbach hatte zusammen mit Klaus Bergmann von der Bürgerinitiative Riechheim und dem Rechtsanwalt Dr. Hans Neumeier zu einem Pressegespräch eingeladen und die 16 Ordner mitgebracht, die den jetzt schon fünf Jahre währenden Kampf der Bürger gegen ein völlig unnötiges, Natur und Mensch belastendes Energiegroßprojekt belegen, und kündigte an: Am 6. März wird Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht. Dahinter stehen vor allem betroffene Privateigentümer, Bürgerinitiativen, aber auch die Stadt Großbreitenbach und weitere Kommunen, die in einer Solidargemeinschaft gegen den Planfeststellungsbeschluss vorgehen.

„Wir bleiben dabei, wir sehen keine Planrechtfertigung für den Neubau einer solchen Leitung – sie ist ein Relikt der Vergangenheit, damit festigt man nur Monopolstrukturen im Energiesektor“, betonte Petra Enders und verwies auf die von den Kommunen und den Bürgerinitiativen gemeinsam

mit Fachleuten immer wieder unterbreiteten Alternativen. Bestehende Leitungen könnten optimiert werden, und vor allem ist die Energiepolitik der Zukunft eine der dezentralen Lösungen. Sie setzt auf die Energiewende und damit ganz klar auf erneuerbare Energien, die vor Ort erzeugt

und verbraucht werden. Der Beschluss sei defizitär und es fehle insbesondere eine Lastflussanalyse, „um zu klären, ob das Vorhaben überhaupt gerechtfertigt ist“. Klaus Bergmann brachte seine Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass sie als Bürger „nicht ernst genommen werden“. „Wir füh-



und verbraucht werden. Petra Enders kritisierte die Art und Weise des vom Landesverwaltungsamt vorgelegten Planfeststellungsbeschlusses, die „mit Offenheit und Transparenz nichts zu tun hat“. Vor allem enthalte er eine ganze Reihe von Mängeln. Anwalt Neumeier sprach von Abwä-

len uns veralbert“, sagte er mit Verweis darauf, dass die Bürgerinitiativen nichts unversucht gelassen hatten. Sie haben Gutachten vorgelegt, Fachrunden, Anhörungen und jede Menge Diskussionen durchgeführt. Unterstützt worden sei sie jedoch nur von der LINKEN. ■

## Blauschaf jetzt auch in der Linksfraktion



Ein Blauschaf, geschaffen in der Künstlerwerkstatt „Blauschäferei“ (Rainer Bonk und Berta-Maria Reetz), hat seine Heimat jetzt in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag gefunden. Bodo Ramelow, Vorsitzender der Thüringer Linksfraktion, erhielt das originelle Geburtstagsgeschenk von der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen, überreichte es während des Parlamentartages in Kiel.

Die Schafe sind für das europaweite Aktionsprojekt „Alle sind gleich – jeder ist wichtig!“ entstanden, das sich für ein friedliches Miteinander und für Toleranz einsetzt. Die blauen Schafe

## Das „Kampfhundegesetz“ verfehlt sein Ziel

Mit Blick auf das so genannte Thüringer Kampfhundegesetz und die jetzt veröffentlichte „Beißstatistik“ für das Jahr 2011, betonte MdL Sabine Berninger die Aussagen der Experten, dass eine Rasseliste sachlich nicht begründet und wissenschaftlich nicht haltbar sei. „Das ist keinesfalls verwunderlich. Die in der Rasseliste aufgenommenen vermeintlich per se gefährlichen Hunde sind eben nicht die Beißer.“ Die im vergangenen Juni von den Regierungsfractionen im Landtag eingestuft so genannten „Kampfhunde“ finden sich nicht unter den ersten zehn Hunderassen in der Beißstatistik. So seien 482 Beiß-

angriffe von Hunden bei den Ordnungsämtern im Jahr 2011 in Thüringen registriert worden. Der Statistik zufolge wurden in 282 Fällen Menschen verletzt, 73 von ihnen schwer. Ein Mann wurde in Wülfingerode im Kreis Nordhausen von seinem eigenen Hund (einem Dobermann) getötet. Die Zahl der Angriffe von durch Gesetz als gefährlich deklarierten Hunderassen war dabei mit 21 sehr gering. „Die Zahlen bestätigen, was DIE LINKE in allen Beratungen den Initiatorinnen des Gesetzes vorgehalten hat. Dieses Gesetz führt nicht zu mehr Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung.“ ■

sollen auf das Verbindende hinweisen. „Für friedliches Miteinander und Toleranz durch die Welt zu ziehen, das haben sie sich vorgenommen“, heißt es auf der Homepage der „Blauschäferei“.

Für Bodo Ramelow, der sich seit Jahren aktiv für Toleranz einsetzt, handelt es sich um ein besonders unterstützenswertes Motto. „Es gibt keine roten, weißen, gelben, grünen oder schwarzen Schafe mehr – alle Schafe sind blau, alles Schafe sind gleich“, kommentierte er mit einem Schmunzeln.

<http://www.blaue-schafe.de/> ■



## Falsches Spiel

Die SPD ist wegen ihrer Vergangenheit, für die häufige jäh Wendungen das Markenzeichen sind, nicht gerade als vertrauenswürdig bekannt. Im Gegenteil: von den Kriegskrediten bis zum Sozialabbau – die SPD fällt regelmäßig um.

Der nächste Wählerbetrug ist bereits vorprogrammiert. Inzwischen spekulieren SPD-Bundestagsabgeordnete wie Frank-Walter Steinmeier oder Carsten Schneider offen über eine Koalition mit der FDP. Mit denen will man also SPD-Versprechen wie den gesetzlichen Mindestlohn einführen? Das ist peinliche politische Prostitution, um wieder zu Regierungssämtern zu kommen.

Zwar stinkt der sozialdemokratische Fisch bedenklich am Kopf, doch derlei Eskapaden ziehen sich quer durch die janusköpfige Partei. Da unterstützen SPD-Politiker vollmundig Gegendemonstrationen und sogar Aufrufe zu friedlichen Blockaden von Naziaufmärschen in Dresden. Doch im Bundestag und im Thüringer Landtag wird die Immunität von LINKE-Abgeordneten, gegen die eben wegen der Teilnahme an solchen Antinazi-Demonstrationen ermittelt wird, aufgehoben – auch mit Stimmen der SPD.

Besonders perfide ein weiteres Spiel der Gabriel-Partei: mit einem Thilo Sarrazin schießt man offenbar auf Stimmen in trübbraunen Gewässern. Anders ist nicht zu erklären, dass der Sozialrassist SPD-Mitglied bleiben darf. Dieser peinliche Flirt mit dem rechten Rand ist beileibe kein Einzelfall. Auch in Thüringen werden von der Sozialdemokratie bei den Bürgermeister- und Landratswahlen Rechtspopulisten unterstützt, wobei selbst SPD-Landtagsabgeordnete brav applaudieren (während Jusos und einzelne Aufrechte Kritik üben). In Arnstadt blinkt man sogar (ebenfalls unter Führung einer SPD-Landtagsabgeordneten) Richtung „Pro“-Bewegung. ■

## IMPRESSUM

Vierseitige Ausgabe des LINKE PARLAMENTSREPORT; erscheint auch in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: [rudolph@die-linke-thl.de](mailto:rudolph@die-linke-thl.de)  
Internet: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.